

Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen  
Kaiser-Friedrich-Ring 31 - 65185 Wiesbaden

## Pressemitteilung

Frankfurt, den 23. Oktober 2014

## Aktiv gegen Diskriminierung

### Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen zieht positive Bilanz/Hilfe für Betroffene/Landesantidiskriminierungsgesetz unverzichtbar

Das Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen hat heute in Frankfurt eine positive Bilanz nach zweieinhalb Jahren Arbeit gezogen. „In kürzester Zeit ist es gelungen, über 85 hessische Organisationen zu vernetzen und eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus aufzustellen“, sagte Enis Gülegen, Vorsitzender des Landesausländerbeirates, der das Netzwerk initiiert hatte.

Gülegen: „Mit einer Beratungshotline und Einzelfallbearbeitung haben wir ein Hilfeangebot für Betroffene von Diskriminierung geschaffen, das es vorher in Hessen nicht gab.“

Trotz minimalster Ausstattung konnte in mehr als 100 Einzelfällen konkret geholfen werden. Und die Anfragen halten stetig an. Mittlerweile erreichen das Netzwerk 3-4 Beratungsgesuche pro Woche. Die überwiegende Zahl der Beschwerden beziehen sich auf Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft und stammen aus den Bereichen Arbeit bzw. durch Behörden. Der Zeitaufwand pro Fall beträgt im Schnitt 15 Stunden.

„Dies ist ein sicherer Beweis dafür, dass der Bedarf in Hessen riesig ist. Und dass wir auch weiterhin ein unabhängiges Beratungsangebot brauchen. Gerade bei Diskriminierungen durch staatliche Stellen ist dies ein Muss,“ betonte Gülegen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass die Beratungsangebote deutlich erhöht und auch regional verankert werden müssen.



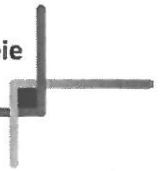
Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen

c/o  
Arbeitsgemeinschaft  
der Ausländerbeiräte Hessen

Landesausländerbeirat  
Geschäftsstelle:  
Kaiser-Friedrich-Ring 31  
65185 Wiesbaden

Telefon: 0611/98 99 5-0  
Telefax: 0611/ 98 99 5-18

foraci@agah-hessen.de  
www.netzwerk-gegen-diskriminierung-  
hessen.de  
www.agah-hessen.de



Ein zentrales Ergebnis der Arbeit ist die Bestätigung, dass eine wirksame Hilfe nur dann stattfinden kann, wenn der oder die Betroffene dem Berater vertraut, die Beratung grundsätzlich parteilich und mit dem Ziel der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung erfolgt.

Die meisten der Einzelfälle schilderten zudem Vorfälle, die durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz nicht abgedeckt waren und daher rechtlich nicht verfolgt werden konnten. Gülegen: „Hessen braucht deshalb ein eigenes Gleichbehandlungsgesetz. Dies gilt im Besonderen für den Bereich der öffentlichen Verwaltung und das Bildungswesen.“

Weitere Erfolge sieht Gülegen vor allem in der gelungenen öffentlichen Sensibilisierung für das Thema: „Da hat sich in den letzten Jahren in Hessen eine Menge getan: Aus dem Netzwerk entstanden mehrere Initiativen zur Einrichtung regionaler Antidiskriminierungsstellen, so u.a. anderem im Landkreis Gießen und in Hanau.“

Die Forderung des Netzwerks, eine Landesantidiskriminierungsstelle einzurichten, wurde Bestandteil der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung und wird derzeit umgesetzt. Auch ist das Land Hessen mittlerweile der „Koalition gegen Diskriminierung“ beigetreten, was vor zwei Jahren noch als nicht nötig abgelehnt wurde. Zudem entstanden viele neue Kooperationen, so mit der Hessischen Polizei und zwei Hochschulen. Mit einer Qualifizierungsoffensive konnten viele der Netzwerkpartner\_innen fit gemacht werden, auch selbst Beratungen durchzuführen.

Gülegen: „Der Weg in den letzten 2 ½ Jahren war richtig und wichtig. Das Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen wird auch nach der Projektphase weiter arbeiten“. Gülegen bedauerte jedoch, dass das bisherige Angebot nur eingeschränkt aufrechterhalten werden kann. „Uns ist es trotz vielfältiger Bemühungen bisher nicht gelungen, eine Anschlussfinanzierung zu sichern. Die neue Landesantidiskriminierungsstelle des Landes wird unsere Arbeit gut ergänzen. Ersetzen kann sie aber vor allem die unabhängige und parteiliche Beratung nicht.“

## DPA 23.10.2014

Gesellschaft/Ausländer/

»(Zusammenfassung 1430)

Netzwerk fordert mehr Anstrengung im Kampf gegen Diskriminierung =

Haben Dunkelhäutige Nachteile bei Bewerbungen? Oder Muslime? Ja, sagt das Netzwerk gegen Diskriminierung.

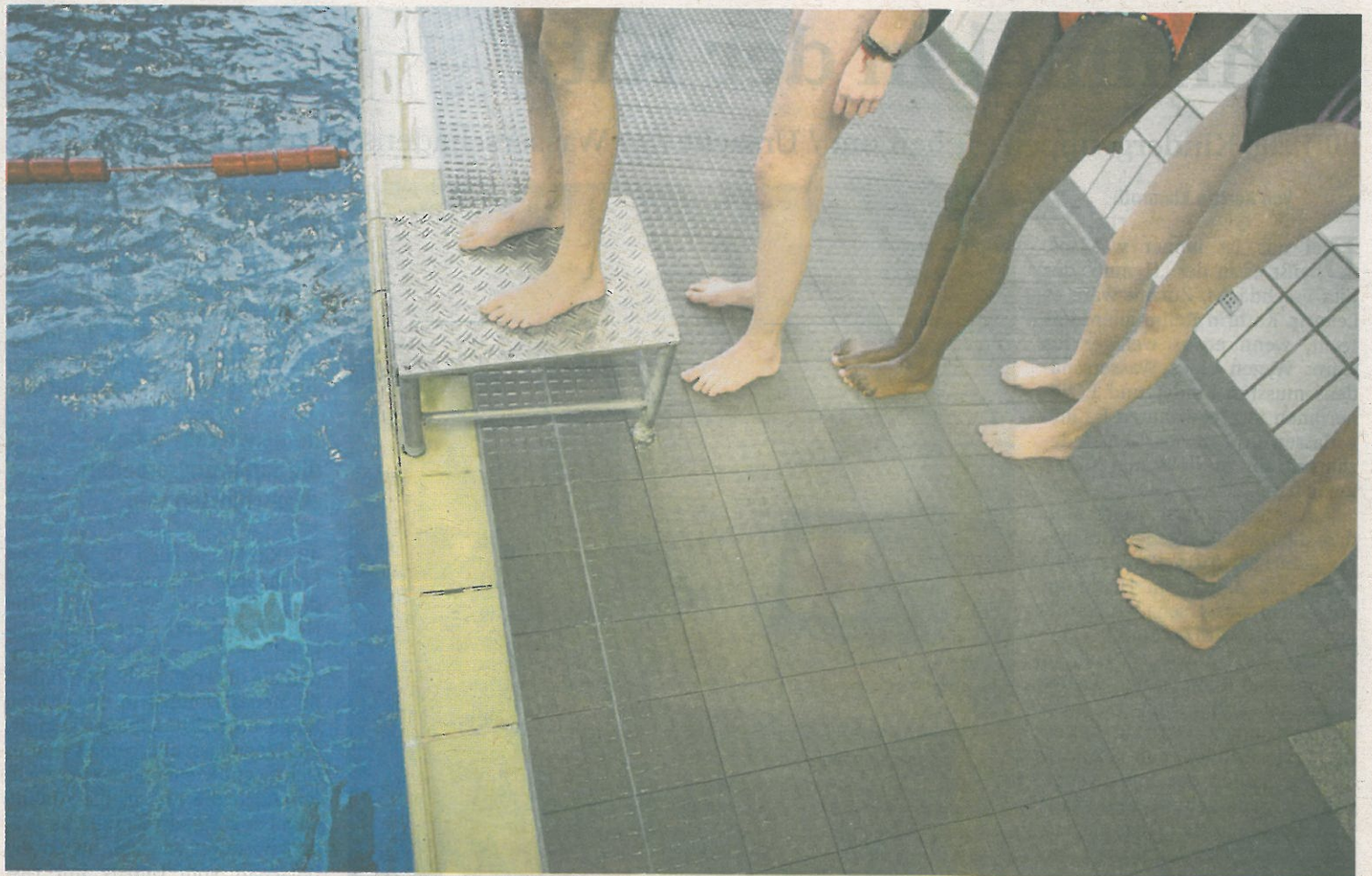
Frankfurt/Main (dpa/lhe) - Die Herkunft eines Menschen ist nach Erkenntnissen des Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen noch immer Anlass für seine Benachteiligung. Bewerbungen oder Vertragsabschlüsse scheiterten aus diesem Grund, auch wenn der Nachweis nicht leicht sei, sagte Ulrike Foraci, Koordinatorin des 2012 gegründeten Zusammenschlusses aus mehr als 80 Initiativen und Verbänden, am Donnerstag in Frankfurt. Rund 100 Hilfesuchende seien bisher beraten worden - drei Viertel von ihnen hätten über Diskriminierung wegen ihrer Herkunft oder ihrer Religion geklagt.

In den wenigsten Fällen greife das Gleichbehandlungsgesetz, sagte Foraci. Bei vielen Betroffenen gebe es Wut und Schmerz, «aber die wenigsten trauen sich, an die Öffentlichkeit zu gehen». Die an das Netzwerk herangetragenen Fälle stammten aus allen Teilen Hessens. Landesweit sei der Beratungsbedarf hoch, sagte Enis Gülegen, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), die das Netzwerk trägt.

An den Schulen werde das Thema bisher kaum behandelt, obwohl von dort viele Hinweise auf Anders-Behandlung kämen, etwa bei der Benotung oder Bestrafung, sagte Gülegen. «Das ist zur Zeit noch ein Tabu-Bereich.»

Die vom Land geplante Diskriminierungsstelle zeige, dass die Landesregierung das Problem erkannt habe und ernst nehme. Ersetzen könne sie die unabhängige Beratung aber nicht, sagte Gülegen. Allerdings arbeite das Netzwerk derzeit ohne öffentliche Förderung, seitdem es seit Juli keine Anschlussfinanzierung gebe. Mit der Förderung des Bundes von 37 000 Euro im Jahr habe bis dahin eine Halbtagsstelle finanziert werden können. «Im Moment machen wir es ehrenamtlich», sagte Foraci.

Dem Netzwerk gehören neben der agah zahlreiche Verbände, der DGB und Religionsgemeinschaften an.



Hessische Schulklassen sind multikulturell – Diskriminierung ist trotzdem ein Problem.

CHRISTOPH BOECKHELER

# Diskriminierung im Alltag

## Hessisches Netzwerk zieht Bilanz seiner Arbeit – und fordert mehr Engagement

Von Hanning Voigts

Eine junge Rumänin will auf der Zeil einen Handyvertrag abschließen. Obwohl sie alle nötigen Unterlagen ausfüllt und keinen Schufa-Eintrag hat, wird ihr Wunsch abgelehnt. Erst später erfährt sie von einem Bekannten, der dort arbeitet, dass der Handy-Laden Rumänen offenbar generell keine Verträge anbietet. Sie geht mit einem Helfer in ein anderes Geschäft – und erhält ihr Handy dort ohne Probleme.

Ulrike Foraci, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (Agah), erzählt diese Anekdote, um zu erklären, wie Diskriminierung im Alltag aussieht. Die Agah koordiniert die Arbeit des 2012 gegründeten Netzwerks gegen Diskriminierung, ein Zusammenschluss von über 80 hessischen Vereinen und Religionsverbänden, der Betroffene berät und sich bemüht,

das Thema in die politische Debatte zu bringen. Bis Ende Juli wurde das Netzwerk, das seit 2012 etwa 100 Betroffene beraten und unterstützt hat, jährlich mit rund 40 000 Euro aus Projektmitteln der Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziert.

Mit der Einzelfallberatung, der Vernetzung von Akteuren und Schulungen habe man es trotz geringer Mittel geschafft, „dass Diskriminierung nicht mehr als in-existent abgetan wird“, sagt Foraci. Durch das Netzwerk seien lokale Initiativen für Antidiskriminierungs-Stellen angestoßen worden, man habe Gespräche mit der Polizei und anderen Institutionen geführt und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beigetragen.

Bei den Beratungen habe sich gezeigt, dass Menschen vor allem aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihrer Religion diskriminiert würden – und das hauptsächlich am Arbeitsplatz

und bei Behörden. Auch wenn der Beweis im Einzelfall schwer falle: Gerade Arbeitsverträge kämen oft aufgrund der Herkunft nicht zustande, sagt Foraci. Die Betroffenen verletze das – aber viele trauten sich nicht, öffentlich darüber zu sprechen. Umso wichtiger sei eine parteiiche Beratung in vertrauter Umgebung.

### Finanzierung nicht gesichert

Die zukünftige Finanzierung des Netzwerks sei aktuell nicht gesichert, sagte Foraci. Vorerst habe das Netzwerk beschlossen, die Arbeit ehrenamtlich und ohne die Hilfe eines bezahlten Mitarbeiters fortzusetzen – notgedrungen in verringerter Intensität.

Enis Gülegen, Vorsitzender der Agah, sagt, die Arbeit des Netzwerks habe bewiesen, wie groß der Bedarf an Beratung und Hilfe für Betroffene in Hessen sei. „Diskriminierung ist keine Rander-

scheinung, sie ist ein Phänomen in der Mitte der Gesellschaft“, sagt Gülegen. Die „interkulturelle Öffnung“ der Mehrheitsgesellschaft sei noch nicht erreicht – Hessen müsse auch über ein eigenes Antidiskriminierungsgesetz nachdenken. Die Einrichtung einer Landes-Antidiskriminierungsstelle, an der die schwarz-grüne Regierung arbeitet, begrüße man ausdrücklich, sagt Gülegen. Ohne die Kooperation etwa mit den Migranten-Selbstorganisationen vor Ort könne eine solche Stelle aber nicht erfolgreich arbeiten.

Eine Sprecherin des hessischen Sozialministeriums erklärte auf FR-Anfrage, eine Weiterfinanzierung der vom Bund 2012 angestoßenen Netzwerke gegen Diskriminierung gebe es nach aktuellem Kenntnisstand in keinem Bundesland. Staatssekretär Jo Dreiseitel (Grüne) prüfe derzeit, „welche Unterstützung dennoch gegebenenfalls möglich ist“.

# Mehr Hilfe gegen Diskriminierung

## Ausländerbeirat fordert Geld für Migrantennetzwerk

Organisationen von Migranten müssen nach Ansicht des hessischen Landesausländerbeirats Teil des Kampfs gegen Diskriminierung bleiben und deswegen weiter Förderung erhalten. Dafür haben sich gestern in Frankfurt der Vorsitzende des Beirats, Enis Gülegen, und dessen Geschäftsführerin Ulrike Foraci starkgemacht. Das hessische „Netzwerk gegen Diskriminierung“ war in den vergangenen zweieinhalb Jahren von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gefördert worden, die Finanzierung ist nun ausgelaufen. In dem Netzwerk sind mehr als 80 Vereinigungen und Ausländerbeiräte miteinander verbunden.

Gülegen und Foraci hoben hervor, dass diese Organisationen in der Beratung von Migranten, die unter Diskriminierung litten, unverzichtbar seien und deswegen unterstützt werden müssten. Dafür reiche die geplante Antidiskriminierungsstelle des Landes nicht aus. Mit ihr wolle das Netzwerk zwar in einem „engen Schulterschluss“ zusammenarbeiten. Ein zivilgesellschaftliches, unabhängiges und parteiliches Beratungsangebot zugunsten von Diskriminierungsopfern sei aber weiter nötig.

„Es gibt einen sehr hohen Bedarf an Hilfe“, konstatierte Gülegen. Diskriminierung wegen der ethnischen Herkunft oder der Religion sei weit verbreitet, nicht zuletzt in Schulen, wie viele Hinweise belegten. Gülegen, der auch Vorsitzender der Kommunalen Ausländervertretung Frankfurts ist, forderte, Lehrer als Migrationsbeauftragte einzusetzen. „Diskriminierung an Schulen ist noch immer ein Tabuthema, die Arbeit dagegen muss institutionalisiert werden.“

Dank der Förderung durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes konnte in dem hessischen Netzwerk eine Halbtagskraft beschäftigt werden, die vor allem für die Kooperation der Mitgliedsorganisationen, Schulungen und die Beratung verantwortlich war. Wie Gülegen und Foraci mitteilten, konnte in mehr als 100 Fällen geholfen werden, auch in Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen. Zumeist bezogen sich die Diskriminierungen auf die ethnische Herkunft und ereigneten sich am Arbeitsplatz. Anfragen gebe es nach wie vor, mittlerweile wendeten sich Ratsuchende drei- bis viermal in der Woche an das Netzwerk, sagte Foraci.

Gülegen sprach sich dafür aus, in Hessen flächendeckend Hilfe für Opfer von Diskriminierung anzubieten. Ein solches Angebot zu finanzieren sei eine „Bringschuld der Aufnahmegesellschaft“, sagte er. Wie Foraci sagte, hat das Netzwerk schon dazu beigetragen, Hilfen in einzelnen Regionen anzuregen, wie Beispiele in Gießen, Kassel und Hanau zeigten. In Frankfurt gibt es bereits eine Antidiskriminierungsstelle. Sie ist beim Amt für multikulturelle Angelegenheiten angesiedelt und befasst sich ausschließlich mit Fällen von Diskriminierung durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Wie Foraci sagte, konnte das hessische Netzwerk in den vergangenen zweieinhalb Jahren die Prävention von Diskriminierung nicht in dem gewünschten Umfang in die Tat umsetzen. Dazu seien die Beratung zu umfangreich und der Umfang der Mitarbeiterstelle zu gering gewesen. Hessen brauche eine Präventionsstrategie, forderte sie. *toe.*

## Schlechtere Noten bei dunkler Haut?

**GESELLSCHAFT** Netzwerk fordert mehr Anstrengung  
im Kampf gegen Diskriminierung

**FRANKFURT** (dpa). Die Herkunft eines Menschen ist nach Erkenntnissen des Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen noch immer Anlass für seine Benachteiligung. Bewerbungen oder Vertragsabschlüsse scheiterten aus diesem Grund, auch wenn der Nachweis nicht leicht sei, sagte Ulrike Foraci, Koordinatorin des 2012 gegründeten Zusammenschlusses aus mehr als 80 Initiativen und Verbänden, am Donnerstag in Frankfurt. Rund 100 Hilfesuchende seien bisher beraten worden – drei Viertel von ihnen hätten über Diskriminierung wegen ihrer Herkunft oder ihrer Religion geklagt.

In den wenigsten Fällen greife das Gleichbehandlungsgesetz, sagte Foraci. Bei vielen Betroffenen gebe es Wut und Schmerz, „aber die wenigsten trauen sich, an die Öffentlichkeit zu gehen“. Die an das Netzwerk herangetragenen Fälle stammten aus allen Teilen Hessens. Landesweit sei der Beratungsbedarf hoch, sagte Enis Gülegen, Vorsitzender der

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), die das Netzwerk trägt.

An den Schulen werde das Thema bisher kaum behandelt, obwohl von dort viele Hinweise auf Anders-Behandlung kämen, etwa bei der Benotung oder Bestrafung, sagte Gülegen. „Das ist zur Zeit noch ein Tabu-Bereich.“

Die vom Land geplante Diskriminierungsstelle zeige, dass die Landesregierung das Problem erkannt habe und ernstnehme. Ersetzen könne sie die unabhängige Beratung aber nicht, sagte Gülegen. Allerdings arbeite das Netzwerk derzeit ohne öffentliche Förderung, seitdem es seit Juli keine Anschlussfinanzierung gebe. Mit der Förderung des Bundes von 37 000 Euro im Jahr habe bis dahin eine Halbtagsstelle finanziert werden können. „Im Moment machen wir es ehrenamtlich“, sagte Foraci.

Dem Netzwerk gehören neben der agah zahlreiche Verbände, der DGB und Religionsgemeinschaften an.

## Schlechtere Noten bei dunkler Haut?

**GESELLSCHAFT** Netzwerk fordert mehr Anstrengung  
im Kampf gegen Diskriminierung

**FRANKFURT** (dpa). Die Herkunft eines Menschen ist nach Erkenntnissen des Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen noch immer Anlass für seine Benachteiligung. Bewerbungen oder Vertragsabschlüsse scheiterten aus diesem Grund, auch wenn der Nachweis nicht leicht sei, sagte Ulrike Foraci, Koordinatorin des 2012 gegründeten Zusammenschlusses aus mehr als 80 Initiativen und Verbänden, am Donnerstag in Frankfurt. Rund 100 Hilfesuchende seien bisher beraten worden – drei Viertel von ihnen hätten über Diskriminierung wegen ihrer Herkunft oder ihrer Religion geklagt.

In den wenigsten Fällen greife das Gleichbehandlungsgesetz, sagte Foraci. Bei vielen Betroffenen gebe es Wut und Schmerz, „aber die wenigsten trauen sich, an die Öffentlichkeit zu gehen“. Die an das Netzwerk herangetragenen Fälle stammten aus allen Teilen Hessens. Landesweit sei der Beratungsbedarf hoch, sagte Enis Gülegen, Vorsitzender der

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), die das Netzwerk trägt.

An den Schulen werde das Thema bisher kaum behandelt, obwohl von dort viele Hinweise auf Anders-Behandlung kämen, etwa bei der Benotung oder Bestrafung, sagte Gülegen. „Das ist zur Zeit noch ein Tabu-Bereich.“

Die vom Land geplante Diskriminierungsstelle zeige, dass die Landesregierung das Problem erkannt habe und ernst nehme. Ersetzen könne sie die unabhängige Beratung aber nicht, sagte Gülegen. Allerdings arbeite das Netzwerk derzeit ohne öffentliche Förderung, seitdem es seit Juli keine Anschlussfinanzierung gebe. Mit der Förderung des Bundes von 37 000 Euro im Jahr habe bis dahin eine Halbtagsstelle finanziert werden können. „Im Moment machen wir es ehrenamtlich“, sagte Foraci.

Dem Netzwerk gehören neben der agah zahlreiche Verbände, der DGB und Religionsgemeinschaften an.

Frankfurt

FNP, 24.10.14

## Netzwerk fordert mehr Einsatz gegen Diskriminierung

Die Herkunft eines Menschen ist nach Erkenntnissen des Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen noch immer Anlass für seine Benachteiligung. Bewerbungen oder Vertragsabschlüsse scheiterten aus diesem Grund, auch wenn der Nachweis nicht leicht sei, sagte Ulrike Foraci, Koordinatorin des Zusammenschlusses.

Rund 100 Hilfesuchende aus allen Teilen Hessens seien bisher beraten worden – drei Viertel von ihnen hätten über Diskriminierung wegen ihrer Herkunft oder ihrer Religion geklagt. Landesweit sei der Beratungsbedarf hoch, sagte Enis Gülegen, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, die das Netzwerk trägt.

Die vom Land geplante Diskriminierungsstelle zeige, dass die Landesregierung das Problem ernst nehme. Ersetzen könne sie die unabhängige Beratung aber nicht, sagte Gülegen. Allerdings arbeite das Netzwerk derzeit ohne öffentliche Förderung, seitdem es seit Juli keine Anschlussfinanzierung gebe. Mit der Förderung des Bundes von 37 000 Euro im Jahr habe bis dahin eine Halbtagsstelle finanziert werden können. „Im Moment machen wir es ehrenamtlich“, so Foraci. *the*





## İrkçılık ve Ayrımcılığa Karşı Mücadelede Hessen'in İşlevi

sinde kurulan özel bir birim sürdürecektir.

Projenin bilançosunu Frankfurt'taki bir basın toplantısı ile ka-

muoyuna tanıtan AGAH Başkanı Enis Gülegen ile kurumsal yönetici Ulriche Foraci: "2 yılı aşkın bir sürede eyalet genelinde 85 ayrı organizasyonu, iletişim

ağına dahil etmeyi başardık. Be- lirlediğimiz ortak strateji ile, ırk- çılık ve ayrımcılığa karşı 100'ü aşkın olayı aydınlatıp, çözüm ge- tirdik. AGAH merkezli oluşturu- dığımız Hotline yardım servisi ile, eyalette ayrımcı uygulamalar konusunda duyarlılık yarattık.

Kısıtlı imkanlarla yaptığımız hiz- meti, bundan böyle bakanlık bü- nyesinde bir birim sürdürecektir. Toplumun farklı katmanlarından insanlara yönelik uygulamalarda

ayrımcılığın önlenmesi konu- sunda, bu alanda atılacak her adıma yine de desteğimizi sürdü- receğiz." dedi.

Enis Gülegen, bu alanda verilen danışmanlığın tarafsız ve seyyar olması gerektiğini de sözlerine ekleyerek, ırkçılık ve ayrımcılığı önlemenin Almanya'nın sorum- luluğu olduğunu vurguladı.

Gülegen, ırkçılığın toplumun her alanında gözlemlendiğini de kayde- den ve deneyimli bir organiza- syon olarak bu alanda hizmet vermeye devam edeceklerini de sözlerine ekleyen Gülegen, da- nişmanlık alan ve veren kişi ara- sında bir güvenin olmasının tek belirleyici olduğunu da kaydetti.

Ulrike Foraci ise, AGAH'ın 2 yılı aşkın süredir devam ettirdiği bu hizmet sayesinde, eyaletin birçok resmi kurum ve kuruluşunda yeni bir duyarlılık yaratıldığını, belediyeler, kaymakamlıklar nez-

dinde ayrımcılığı önleme birimle- rinin oluşturduğunu söyledi.

Foraci, 2 yıl önce böyle bir hizmet biriminin gerekli olmadığını söy- leyenler, bugün doğrularımızı hükümet koalisyon anlaşması içine alabiliyor" dedi. Ulrike Fo-



raci ve Enis Gülegen, (üstte) ba- kanlık bünyesinde oluşturulan yeni özel birimin, AGAH'ın başlattığı bir hizmetin devamı ni- telğinde olacağını da belirtti.

## Almanya'da Sınırdışı Engellenen Fırsatlar, İltica Akınını Körüklüyor

Almanya'nın koşulları yerine ge- tirmeyen ve başvuru geri çevrilen sığınmacı adaylarına yönelik ge- nellikle sınırdışı etmeyen uygula- ması, bu ülkeye yönelik iltica

Bu arada, Almanya'ya gelip sığınma isteyen ancak başvurusu reddedilen göçmenlerin önemli bir bölümü gerçek kimliğini sa-

kati çekiyor: - Boş duran spor salonları, fabri- kalar, ve iş merkezleri yaşanabilir konuma getirip, sığınmacı aday- ları bu noktalarda barındırılabilir.

yakın bir gelecekte, personel açığı daha da büyüyecektir. - Herşeyden evvel, sığınmacı adayları, bir risk değil, bir şans olarak görülmelidir.

BILANZ

## Diskriminierung ist Alltag

Von Hanning Voigts



Hessische Schulklassen sind multikulturell – Diskriminierung ist trotzdem ein Problem.  
Foto: Christoph Boeckheler

**Ein hessisches Netzwerk gegen Diskriminierung zieht die Bilanz seiner Arbeit – und fordert mehr Engagement. Viele Menschen werden vor allem aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert.**

Eine junge Rumänin will auf der Zeil einen Handyvertrag abschließen. Obwohl sie alle nötigen Unterlagen ausfüllt und keinen Schufa-Eintrag hat, wird ihr Wunsch abgelehnt. Erst später erfährt sie von einem Bekannten, der dort arbeitet, dass der Handy-Laden Rumänen offenbar generell keine Verträge anbietet. Sie geht mit einem Helfer in ein anderes Geschäft – und erhält ihr Handy dort ohne Probleme.

Ulrike Foraci, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (Agah), erzählt diese Anekdote, um zu erklären, wie Diskriminierung im Alltag aussieht. Die Agah koordiniert die Arbeit des 2012 gegründeten Netzwerks gegen

Diskriminierung, ein Zusammenschluss von über 80 hessischen Vereinen und Religionsverbänden, der Betroffene berät und sich bemüht, das Thema in die politische Debatte zu bringen. Bis Ende Juli wurde das Netzwerk, das seit 2012 etwa 100 Betroffene beraten und unterstützt hat, jährlich mit rund 40 000 Euro aus Projektmitteln der Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziert.

Mit der Einzelfallberatung, der Vernetzung von Akteuren und Schulungen habe man es trotz geringer Mittel geschafft, „dass Diskriminierung nicht mehr als inexistent abgetan wird“, sagt Foraci. Durch das Netzwerk seien lokale Initiativen für Antidiskriminierungs-Stellen angestoßen worden, man habe Gespräche mit der Polizei und anderen Institutionen geführt und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beigetragen.

Bei den Beratungen habe sich gezeigt, dass Menschen vor allem aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihrer Religion diskriminiert würden – und das hauptsächlich am Arbeitsplatz und bei Behörden. Auch wenn der Beweis im Einzelfall schwer falle: Gerade Arbeitsverträge kämen oft aufgrund der Herkunft nicht zustande, sagt Foraci. Die Betroffenen verletze das – aber viele trauten sich nicht, öffentlich darüber zu sprechen. Umso wichtiger sei eine parteiiche Beratung in vertrauter Umgebung.

## Finanzierung nicht gesichert

Die zukünftige Finanzierung des Netzwerks sei aktuell nicht gesichert, sagte Foraci. Vorerst habe das Netzwerk beschlossen, die Arbeit ehrenamtlich und ohne die Hilfe eines bezahlten Mitarbeiters fortzusetzen – notgedrungen in verringerter Intensität.

Enis Gülegen, Vorsitzender der Agah, sagt, die Arbeit des Netzwerks habe bewiesen, wie groß der Bedarf an Beratung und Hilfe für Betroffene in Hessen sei. „Diskriminierung ist keine Randerscheinung, sie ist ein Phänomen der Mitte der Gesellschaft“, sagt Gülegen. Die „interkulturelle Öffnung“ der Mehrheitsgesellschaft sei noch nicht erreicht – Hessen müsse auch über ein eigenes Antidiskriminierungsgesetz nachdenken. Die Einrichtung einer Landes-Antidiskriminierungsstelle, an der die schwarz-grüne Regierung arbeitet, begrüße man ausdrücklich, sagt Gülegen. Ohne die Kooperation etwa mit den Migranten-Selbstorganisationen vor Ort könne eine solche Stelle aber nicht erfolgreich arbeiten.

Eine Sprecherin des hessischen Sozialministeriums erklärte auf FR-Anfrage, eine Weiterfinanzierung der vom Bund 2012 angestoßenen Netzwerke gegen Diskriminierung gebe es nach aktuellem Kenntnisstand in keinem Bundesland. Staatssekretär Jo Dreiseitel (Grüne) prüfe derzeit, „welche Unterstützung dennoch gegebenenfalls möglich ist“.

**GESELLSCHAFT:** Über 80 Initiativen schließen sich zusammen

## Kampf gegen ungleiche Behandlung

**FRANKFURT.** Die Herkunft eines Menschen ist nach Erkenntnissen des Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen noch immer Anlass für seine Benachteiligung. Bewerbungen oder Vertragsabschlüsse scheiterten aus diesem Grund, auch wenn der Nachweis nicht leicht sei, sagte Ulrike Foraci, Koordinatorin des 2012 gegründeten Zusammenschlusses aus mehr als 80 Initiativen und Verbänden, gestern in Frankfurt. Rund 100 Hilfesuchende seien bisher beraten worden - drei Viertel von ihnen hätten über Diskriminierung wegen ihrer Herkunft oder ihrer Religion geklagt.

In den wenigsten Fällen greife das Gleichbehandlungsgesetz, sagte Foraci. Bei vielen Betroffenen gebe es Wut und Schmerz, "aber die wenigsten trauen sich, an die Öffentlichkeit zu gehen". Die an das Netzwerk herangetragenen Fälle stammten aus allen Teilen Hessens. Landesweit sei der Beratungsbedarf hoch, sagte Enis Gülegen, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), die das Netzwerk trägt. An den Schulen werde das Thema bisher kaum behandelt, obwohl von dort viele Hinweise auf Anders-Behandlung kämen, etwa bei der Benotung oder Bestrafung, sagte Gülegen. "Das ist zurzeit noch ein Tabu-Bereich."

### Keine öffentliche Förderung

Die vom Land geplante Diskriminierungsstelle zeige, dass die Landesregierung das Problem erkannt habe und ernst nehme. Ersetzen könne sie die unabhängige Beratung aber nicht, bedauert Gülegen. Allerdings arbeite das Netzwerk derzeit ohne öffentliche Förderung, seitdem es seit Juli keine Anschlussfinanzierung gebe.

Mit der Förderung des Bundes in Höhe von 37 000 Euro jährlich habe bis dahin eine Halbtagsstelle finanziert werden können. "Im Moment machen wir es ehrenamtlich", sagte Foraci. Dem Netzwerk gehören neben der agah zahlreiche Verbände, der DGB und Religionsgemeinschaften an. *lhe*

© Südhessen Morgen, Freitag, 24.10.2014

### ANZEIGE **Neue Tanzkurse**

[www.lamade.com](http://www.lamade.com)

für Paare, Erwachsene, Singles


Senioren, zu zweit, allein

Die Welt kompakt | 24.10.14

## Herkunft noch immer Anlass für Diskriminierung

Die Herkunft eines Menschen ist nach Erkenntnissen des Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen noch immer Anlass für ihre Benachteiligung. Bewerbungen oder Vertragsabschlüsse scheiterten, auch wenn der Nachweis nicht leicht sei, sagte Ulrike Foraci, Koordinatorin des 2012 gegründeten Zusammenschlusses aus mehr als 80 Initiativen und Verbänden, in Frankfurt. 100 Hilfesuchende seien bisher beraten worden – drei Viertel von ihnen hätten über Diskriminierung wegen ihrer Herkunft oder ihrer Religion geklagt. Das Gleichbehandlungsgesetz greife in den wenigsten Fällen. Bei vielen gebe es Wut und Schmerz, "aber die wenigsten trauen sich, an die Öffentlichkeit zu gehen." Landesweit sei der Beratungsbedarf hoch, so Enis Gülegen, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen.

© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten

DIE  WELT

DIE WELT Digital lesen + **8000 Miles&More-Meilen** sichern!

JETZT ABSCHLIEßEN!

zur Übersicht: **Nachrichten** >> **Rhein-Main**

## NETZWERK: HERKUNFT NOCH IMMER ANLASS FÜR DISKRIMINIERUNG IN HESSEN



23.10.2014

Die Herkunft eines Menschen ist nach Erkenntnissen des Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen noch immer Anlass für ihre Benachteiligung. Bewerbungen oder Vertragsabschlüsse scheiterten aus diesem Grund, auch wenn der Nachweis nicht leicht sei, sagte Ulrike Foraci, Koordinatorin des 2012 gegründeten Zusammenschlusses aus mehr als 80 Initiativen und Verbänden, in Frankfurt. Rund 100 Hilfesuchende

seien bisher beraten worden - drei Viertel von ihnen hätten über Diskriminierung wegen ihrer Herkunft oder ihrer Religion geklagt. Das Gleichbehandlungsgesetz greife in den wenigsten Fällen. Bei vielen Betroffenen gebe es Wut und Schmerz, «aber die wenigsten trauen sich, an die Öffentlichkeit zu gehen.» Landesweit sei der Beratungsbedarf hoch, sagte Enis Gülegen, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), die das Netzwerk trägt.

g+1 0 2 Empfehlen 1

**THEMEN-TICKER**

- 13:54 UHR** Raunheim: Unbekannte beschädigen ein Dutzend Fahrzeuge
- 13:50 UHR** 55.000 Besucher feierten beim Frankfurter Oktoberfest
- 13:50 UHR** Limburg: Kellner schweigt vor Gericht zu tödlicher Baseballschläger-Attacke
- 13:41 UHR** Netzwerk: Herkunft noch immer Anlass für Diskriminierung in Hessen
- 13:40 UHR** Giessen: Bekommt Muhammad die Chance auf ein neues Herz?  
**► MEHR**

## MEHR MELDUNGEN



### 55.000 BESUCHER FEIERTEN BEIM FRANKFURTER OKTOBERFEST

Rund 55.000 Fans kamen zum sechsten Frankfurter Oktoberfest in das Festzelt an der Commerzbank-Arena....



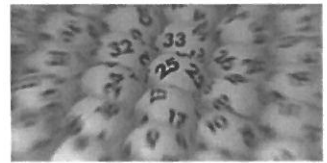
### ÄRGER UM RIESEN-BETONMAUER IN FRANKFURT

Im Frankfurter Stadtteil Seckbach tobt ein Zoff um eine circa acht Meter hohe Betonmauer. Die ist im Zuge...



### RAUNHEIM: UNBEKANNTE BESCHÄDIGEN EIN DUTZEND FAHRZEUGE

Rund ein Dutzend Fahrzeuge haben Unbekannte in Raunheim beschädigt. Die Ermittlungsgruppe der Polizei in...



### LOTTO-TIPPER AUS DEM RAUM FRANKFURTER RÄUMT 16 MILLIONEN AB!

Ein noch unbekannter hessischer Tipper hat bei der Lotterziehung am Mittwoch mit seinem Systemtipp den...



### MÖGLICHERWEISE EIN TOTER BEI SCHWERER EXPLOSION IN LUDWIGSHAFEN

Bei einer starken Explosion in Ludwigshafen ist am Mittag nach ersten Erkenntnissen der Polizei...



### LEICHENFUND IN LIMBURG - ZAHLREICHE FESTNAHMEN

In einem Limburger Obdachlosenwohnheim wurde Donnerstag Nacht eine Leiche gefunden. Die Polizei geht von...



### HESSENS KOMMUNEN HOFFEN AUF HILFE BEIM FLÜCHTLINGSPROBLEM

Die Landkreise und Kommunen in Hessen hoffen beim Flüchtlingsproblem auf Hilfe vom Bund. Heute beim...



### TOTER ATTENTÄTER VON OTTAWA WAR DEN BEHÖRDEN BEKANNT

Nach dem Attentat im Regierungsviertel der kanadischen Hauptstadt Ottawa mit zwei Toten suchen die...

## AUS HESSEN

### NORDHESSEN



#### Kassel feiert "Casseler Freyheit"

Am Donnerstag ist in Kassel der Startschuss für das Volksfest „Casseler...“

### OSTHESSEN



#### LKW kippt auf A4 bei Bad Hersfeld in Böschung

Ein Lastwagen ist auf der Autobahn 4 bei Bad Hersfeld ins Schleudern geraten....

### MITTELHESSEN



#### Giessen: Bekommt Muhammad die Chance auf ein neues Herz?

Im Rechtsstreit um einen schwer herzkranken Jungen

### RHEIN-MAIN



#### 55.000 Besucher feierten beim Frankfurter Oktoberfest

Rund 55.000 Fans kamen zum